

Westpreußisches Volksblatt.

Erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage;
Freitags mit dem Sonntagsblatt.
Insertionspreis pro 4.-gesp. Seiten 15 Pfz.

Expedition:
Danzig, Frauengasse 3.

Abonnementspreis:
Für Heisse 1,50 M., incl. Botenlohn 2,00 M.;
für Auswärtige bei allen deutschen Postanstalten 1,80 M.,
incl. Bestellgeld 2,20 M.

N° 21.

Danzig, Donnerstag, den 26. Januar 1888.

16. Jahrgang.

Abonnements
auf das „Westpreußische Volksblatt“
für die Monate Februar und März werden
stets angenommen und kosten in der Expedition
unseres Blattes 1 M., bei sämtlichen kaiserl.
Postanstalten 1,20 M.

C.V.C. Das Recht der Kirche auf Erteilung des Religionsunterrichts.

Zu den schreiendsten Mißständen, welche das Staatschulmonopol im Gefolge hat, gehört umstetig die Forderung, daß der Staat auch das Recht beansprucht, die Erteilung des Religionsunterrichts setze einen staatlichen Auftrag voraus. Wie konsequent dieses Prinzip speziell in Preußen durchgeführt ist, zeigt uns die Thatache, daß im Laufe des Kulturmampfes einer unabsehbaren Reihe von Geistlichen die Erteilung des Religionsunterrichts in den Schulen einfach von Staats wegen untersagt wurde, und daß auch jetzt noch, wo „mildere Lüfte“ wehen, die Regierung Geistliche aus beliebigen Gründen aus der Schule ausweist. Wir erinnern nur daran, daß gerade in letzter Zeit verschiedenen Geistlichen der Religionsunterricht entzogen wurde, weil sie bei der letzten Wahl in antisemitischem Sinne thätig waren.

Angesichts dieser Thatsachen haben sich die „Stimmen aus Maria Laach“ ein besonderes Verdienst erworben, indem sie diesen Anspruch des Staates in seiner ganzen Ungeheuerlichkeit beleuchten und seine Nichtigkeit nachweisen. Der Artikel weist den vollendeten Widerspruch zwischen diesem Anspruche und den Grundsätzen der katholischen Kirche nach und giebt dann unser Verhalten gegenüber dieser Lage der Dinge an. Zweierlei, heißt es, ist zu thun: 1) Entschiedene Ausnützung des vorhandenen Rechtszustandes; 2) Herbeiführung von gesetzgeberischen Bestimmungen, welche auf das Wesen der katholischen Kirche entsprechende Rücksicht nehmen. Dann heißt es weiter: Hinsichtlich des ersten Punktes haben wir als rechtliche Grundlage vor allem das göttliche Recht der Kirche, jenes Recht, welches der Sohn Gottes derselben bei ihrer Stiftung vor achtzehn Jahrhunderten mit auf den Weg gegeben hat. Nach diesem Rechte ist die Kirche zu allem befugt, was der religiöse Zweck der Kirche vernünftigerweise erfordert. Sie kann also Schulen errichten, sie kann die Kinder zu deren Besuch anhalten, sie kann einen ihre Lehre schädigenden Einfluß nicht bloß vom Religionsunterricht, sondern auch von den übrigen Unterrichtsgegenständen ausschließen. Alles das ist formell geltendes Recht auch in jenen Staaten, deren Gesetz-

gebung dasselbe etwa nicht anerkennt; denn die menschliche Gesetzgebung kann die göttliche nicht anser Kraft setzen.

Den Beweis, daß derartige Anordnungen Christi für alle Zeiten formell geltendes Recht bilden, haben wir in einem früheren Artikel genügend erbracht; wir wollen auf denselben hier nicht zurückkommen. Man wende nicht ein, daß dem in Rede stehenden Rechte die Erzwingbarkeit fehle. Denn zum Wesen des Rechtes genügt eine innere Erzwingbarkeit; eine äußere wird für seinen Begriff nicht gefordert. In unserem Falle steht übrigens der Kirche auch eine äußere Erzwingbarkeit zu Gebote, nämlich in dem Erfordernis der missio canonica. Denn es liegt dem Staat daran, in seinen Schulen einen Religionsunterricht zu bieten, welcher von der katholischen Bevölkerung als echt katholischer Religionsunterricht anerkannt wird. Dies wird er aber nur dann, wenn der Religionslehrer von der Kirche durch die missio canonica seinen Auftrag erhält. Dank dem Kulturmampf ist diese Überzeugung von der Notwendigkeit der missio canonica beim katholischen Volke so lebendig, daß selbst die Kinder einer Schule jede Antwort verweigerten und auch nicht durch Strafen zu einer Antwort gebracht werden konnten, als der Versuch gemacht war, den Religionsunterricht ohne diese missio canonica zu erteilen. Beim Bischofe steht es also, die missio zu geben, wenn den kirchlichen Bestimmungen genügt ist, sie zu verweigern oder zurückzuziehen, wenn das nicht geschah. Falls daher die Regierung eigenmächtig einen Religionslehrer beseitigte, könnte der Bischof jedem andern die missio verweigern. Falls ohne seine Ermächtigung ein Religionslehrbuch eingeführt, eine Pausenverteilung vorgenommen, falls eine konfessionelle Schule in eine konfessionslose verwandelt würde u. s. w., könnte der Bischof die missio verweigern, beziehungsweise zurückziehen.

Der Nachteil, daß die Jugend eines Ortes vorübergehend ohne katholischen Religionsunterricht bliebe, käme nicht in Betracht gegenüber der Gefahr, daß ohne solche Maßregeln die Kirche ihren rechtlichen Einfluß auf die religiöse Heranbildung der gesamten Bevölkerung einbüßen würde. Sollte es gelingen, diesem unserm guten Rechte auf den Religionsunterricht Anerkennung zu verschaffen, so wäre etwas erreicht, aber noch keineswegs alles. Es bliebe der Einfluß des nichtkatholischen Staates auf allen übrigen Gebieten, auf dem der Litteratur, der Geschichte, der Naturwissenschaften u. s. w., es bliebe auf den Gymnasien der Einfluß eines Lehrerpersonals, von welchem Geheimrat Wiese in Zweifel zieht, ob unter tausend wohl einer mit Überzeugung das apostolische Glaubensbekenntnis unterschreiben würde. Es bliebe die höchste Leitung des gesamten (nichtreligiösen) Schulwesens in Preußen, durch einen nichtkatholischen Kultusminister. Wenn alles das bliebe, dann könnte, selbst wenn die Kirche über den Religionsunterricht frei verfügte, die Erwartung in Erfüllung gehen, welche Fürst Bismarck am

24. Januar 1887 im Abgeordnetenhaus an die vollständige Emancipation der Schule knüpfte. Wir bedürfen also weiterer gesetzgeberischer Garantien: womöglich auf dem Boden einer organischen Verbindung von Kirche und Staat, so jedoch, daß nicht der Staat alles, die Kirche nichts zu sagen hat. Ein Hauptpunkt dieser Garantien würde sein, daß durch Erlass eines Unterrichtsgesetzes Artikel 24 der Verfassung endlich einmal in Kraft trate.

Will aber der Staat eine Verbindung mit der Kirche, bei welcher diese seiner Willkür überlassen bleibt, so erübrigt nur, eine gesetzgeberische Regelung auf Grund der Trennung von Kirche und Staat zu fordern, eine Regelung, deren Hauptpunkt in Freigabe der Schule bestünde, ähnlich wie sie freigegeben ist in England, den Vereinigten Staaten, Holland und Dänemark u. s. w. Dieser Forderung wird sich der Staat auf die Länge nicht entziehen können. Denn ein so unnatürliches Verhältnis kann nicht dauernd bestehen, in welchem der Staat sich zum allgemeinen Schulmeister macht, auch für den Unterricht in jener Religion, deren Lehren vielleicht sein Kultusminister und die meisten Schulbeamten für veraltet, ja für Irrtum halten.

Deutscher Reichstag.

21. Sitzung am 25. Januar.

Auf der Tagesordnung stand die erste Beratung des von den Abg. Hizé, Haberland, Vetscha, Meßner eingebrachten Gesetzentwurfs, betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung vom 1. Juli 1883 (Befähigungsnachweis), in Verbindung mit der ersten Beratung des von den Abg. Ackermann, Dr. Hartmann, von Kleist-Reckow, Dr. Kropatscheck eingebrachten Gesetzentwurfs, betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung vom 1. Juli 1883 (Befähigungsnachweis). Zur Begründung des erstgenannten Antrages führte der Abg. Hizé aus, daß die Bestrebungen auf Einführung des Befähigungsnachweises allmählich immer mehr an Boden gewonnen hätten; schon im vorigen Jahre habe die Reichspartei sich der Tendenz der konservativen und Zentrumsanträge in dieser Richtung geneigt gezeigt, und die Regierung neige sich gleichfalls der Ansicht zu, daß wenigstens für die Bauhandwerker der Befähigungsnachweis erforderlich sei. Für das Husbeschlaggewerbe sei durch Gesetz, für die Schornsteinfeger wenigstens durch Verordnung der Nachweis obligatorisch gemacht; damit sei das Prinzip des Befähigungsnachweises von allen maßgebenden Faktoren anerkannt. Streitig sei nur das Wie und das Maß der Ausdehnung auf die verschiedenen Gewerbszweige. Namens der Konservativen begründeten die Abgeordneten Ackermann und v. Kleist-Reckow den Befähigungsnachweis, in welchem sie unter anderem auch ein Volkswerk gegen die Sozialdemokratie erblicken. Bekämpft wurden die Anträge von den Abgeordneten Gold-

[18]

Dorenzathe.

Roman von Melati von Java.
Aus dem Holländischen übersetzt von L. v. Heemstede.

XIII.

Isabella war besonders fröhlich aufgestanden, und das Leben lachte ihr am neuen Venzestage heiter und strahlend entgegen. Die Frühlingsonne schien ihr so hell und glänzend, und mit den ersten duftigen Veilchen, die sie im Park gepflückt hatte, war ihre Brust geschmückt; die Hauptveranlassung zu ihrer freudigen Stimmung war aber die Aussage des Doktors, der nach seinem täglichen Besuch bei der alten Dame ihr die Hand reichte und sie beglückwünschte.

„Ich hoffe, gnädiges Fräulein, die Frau Gräfin wird jetzt bald ganz wieder auflieben. Nichts ist ihr aber nötiger als Ruhe, Ruhe sage ich, absolute Ruhe — vor jeder Aufregung muß sie peinlich behütet werden.“

„Dafür werde ich schon sorgen, Herr Doktor, Sie dürfen sich darauf verlassen! Und wird sie dann wieder ganz so sein wie früher?“

„Wir wollen es hoffen, aber es wird langsam gehen; sie darf in den ersten Monaten ihr Bett noch nicht auf längere Zeit verlassen.“

Strahlend vor Glück trat das Mädchen in das Krankenzimmer und läßt die weiße Stirne der teureren Kranken, die ihr freundlich zulächelte und versicherte, daß das freundliche Licht der Sonne, das sich durch die Vorhänge hereinstrahl, ihr besonders wohl thue.

Es war Zeit zum Kaffee, und nachdem sie sich überzeugt hatte, daß es ihrer Großmutter während ihrer Ab-

wesenheit an nichts fehlen würde, begab sich Isabella zum Salon, wo der Vicomte, seiner Gewohnheit zuwider, schon am Tische saß.

„Guten Morgen, Papa!“ sagte das Mädchen heiter, „ich bringe gute Berichte!“

„Nur rasch her damit! In letzter Zeit habe ich nicht viel Gutes gehört.“

„Der Doktor sagt, daß Großmama auf dem Wege der Besserung ist, aber sie bedarf der größten Ruhe.“

„Das trifft sich schlecht für sie.“

„Wie meinst Du?“

„Ja, wenn wir das Schloß verlassen müssen?“

„Verlassen?“ und mit verstörter Miene sah sie ihn an.

„Ja, mache nur nicht so ein erschrocktes Gesicht: Am ersten Mai müssen wir heraus sein, sonst werden wir vor die Thür gesetzt.“

„Und wie kommt das, Papa? Hast Du unser Schloß verkauft?“

„Ja!“

„An Brons?“

„Ja, an Brons; und er will schon im Mai einzehen, um mit dem Umbau zu beginnen.“

„O, Papa, wie konntest Du das thun, ohne mit Großmama und mir darüber zu sprechen?“

„Albernes Ding! Kannst Du noch rechnen?“

„Gewiß, Papa!“

Und nun begann der Vicomte seiner Tochter die Schulden aufzuzählen, die auf dem Hause ruhten, die Ansprüche, die Jakobsson darauf hatte und die Brons übernehmen wollte, damit kein Zwangsverkauf stattfände.

„Es bleibt also keine Wahl: entweder wir überlassen

Brons gutwillig das Schloß, oder der Exekutor setzt uns vor die Thür!“

„Aber es ist Großmamas Tod!“ schluchzte Isabella, der es von all den Ziffern ganz schwindlig vor den Augen ward.

„Wohl möglich, aber was liegt ihm daran!“

„O, der widerliche Mensch, dieser Schuhpußer! Er kann es aber nicht so meinen, ich werde zu ihm gehen, ich werde ihn bitten, daß er wartet, bis Großmama besser ist.“

„Versuch es nur, aber es wird Dir wenig helfen!“

„Ach! Wie ist es möglich, daß man wegen des abscheulichen Geldes so viel Lärm machen kann; ich kann es nicht begreifen. Großmama denkt ganz anders darüber und ich auch.“

„Hätte sie sich nur etwas mehr daraus gemacht, dann wären wir jetzt nicht so übel daran!“

„Ich wußte wohl, daß der Brons uns nicht wohl will, und den Mann hast Du hier bewirkt, wie schrecklich!“

„Nun, laß das nur beiseite! Es muß Rat geschafft werden. Der Mensch hat uns in den Händen; wenn ich noch eine Rettung sähe, ich würde ihm zum zweitenmale den Stiefelknopf an den Kopf werfen!“

„Psui, Papa, wie grob!“

„Du wirst wohl noch andere Grobheiten hören müssen, wenn Du ihn umstimmen willst; ich weiß schon, was er Dir antworten wird.“

„Sollte er gar nicht der Vernunft zugänglich sein?“

„Vielleicht wohl; doch wird er eine Bedingung stellen.“

„Welche?“

(Fortsetzung folgt.)

Schmidt (deutsch-freisinnig), Dr. Meier-Zena (national-liberal) und dem Sozialdemokraten Grillenberger. Während die beiden erstgenannten Redner die freien Inungen ohne Prüfungszwang empfahlen, hielt der sozialdemokratische Redner den Untergang des Handwerkes gegenüber der Großproduktion für besiegt. Abg. Lohren von der Reichspartei kündigte für die zweite Beratung der Anträge Amendements im Sinne seines vorjährigen Antrages an, und der polnische Abg. Cegielski motivierte sein ablehnendes Votum lediglich damit, daß durch die Anträge die Macht der Bürokratie, von der die Polen ein Lied zu singen wüßten, erweitert werde. Von einer Kommissionsberatung der Anträge wurde diesmal abgesehen. Dieselben werden daher demnächst zur zweiten Beratung im Plenum gelangen. Nächste Sitzung, Donnerstag (heute): Militäretat.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

7. Sitzung am 25. Januar.

Auf der Tagesordnung stand als erster Gegenstand: Berlesung der Interpellation der Abg. Dr. von Jazdewski und Genossen, betreffend den Wegfall des polnischen Sprachunterrichts in den Volksschulen der Provinzen Posen und Westpreußen. Der Minister der geistlichen Anliegenheiten, Dr. v. Goßler, erklärte, daß die Staatsregierung bereit sei, die Interpellation sofort zu beantworten. Abg. v. Jazdewski begründete die Interpellation, indem er darauf hinwies, daß die Regierung früher selbst darauf Wert gelegt habe, daß die Kinder in den ehemals polnischen Landesteilen in der polnischen Sprache unterrichtet würden, während sie daneben auch die deutsche Sprache lernen sollten. Noch in den letzten Jahren habe der Minister Dr. v. Goßler die Staatsregierung dagegen entschieden verwahrt, daß sie damit umgehe, die polnische Sprache aus den Volksschulen ganz zu beseitigen. Damit ständen die jüngsten Verfugungen im Widerspruch. Die polnische Bevölkerung habe in keiner Weise durch ihr Verhalten Veranlassung zu diesen Maßregeln gegeben. Die Verfugungen seien unpädagogisch, weil nur in der Muttersprache ein gedeihlicher Unterricht erteilt werden könne; sie seien auch geeignet, das Familienleben zu stören, und widersprächen den wiederholten Kundgebungen, in denen die Staatsregierung den Polen die Erhaltung ihrer Sprache garantiert hätte. Die Rechte der Polen ständen unter dem Schutze internationaler Verträge und dem der Humanität; die Regierung kümmere sich um diese Verträge nicht; ein solches Verhalten sei aber geeignet, die Grundlagen des Staats zu erschüttern. Der Minister der geistlichen Anliegenheiten, Dr. v. Goßler erklärte, die Anordnung, durch welche die Unterrichts-Verwaltung in den Volksschulen der Provinzen Posen und Westpreußen die durch den Fortfall des polnischen Sprachunterrichts frei werdenden Stunden dem deutschen Sprachunterricht zugewiesen habe, verfolge das Ziel, die preußischen Unterthanen polnischer Muttersprache mehr mit der deutschen Sprache vertraut zu machen, sie aus der bisherigen Isolierung zu befreien und zu befähigen, an dem öffentlichen und wirtschaftlichen Leben des preußischen Staats und deutschen Reichs mehr als es gegenwärtig der Fall sei, teilzunehmen. Die Entwicklung der Dinge habe allmählich dahin geführt, daß der deutsche Unterricht zu kurz gekommen sei. Die Kinder hätten zu wenig deutsch gelernt, und die wenigen deutschen Kinder wären dem Deutschtum ganz entfremdet worden. Die Bewegung in Posen sei nur dadurch entstanden, daß die Agitation die religiöse Frage mit der großpolnischen vermischt habe; man habe es so zu wenden gesucht, als wenn polnischer Religionsunterricht und polnischer Sprachunterricht dasselbe wäre; der Inhalt der Verfugung biete zu einer solchen Bewegung keinen Anlaß. Die Regierung halte es für ihre Pflicht, allen Bewohnern Deutschlands die deutsche Sprache zugängig zu machen. Abg. Dr. v. Stablewski führte aus, man beabsichtige

eine rücksichtslose Germanisierung der Polen; pädagogisch könne man die Maßregel nicht begründen. Die Verfugungen des Ministers seien ein Akt der materiellen Macht, nicht des Rechts. An dem nationalen Bewußtsein der Polen werde man einen unüberwindlichen Wall finden. Nach einem solchen Vorgehen des Ministers sei es zweifelhaft, ob man den Religionsunterricht in der polnischen Sprache aufrecht erhalten werde. Eine konfessionelle Verschiebung werde durch die Verfugungen nicht herbeigeführt werden. Abg. Frhr. v. Minnigerode bemerkte, die Maßnahmen der Regierung seien nur ein weiteres Glied in der Kette der Maßregeln, die seit Jahren mit Billigung des Landtages auf finanziellem Gebiete getroffen worden seien. Es sei notwendig, daß die polnisch redende Bevölkerung sich in erster Linie deutsch fühle. Die Kenntnis der deutschen Sprache liege auch im materiellen Interesse der polnischen Bevölkerung. Von einer Benachteiligung der katholischen Kirche könne keine Rede sein, da bei dem Religionsunterricht die polnische Sprache beibehalten werde. Abg. Freiherr v. Bedlich und Neukirch erklärte namens der freikonservativen Partei, daß er mit dem Bestreben der Staatsregierung, die deutsche Sprache zum Gemeingute auch der polnischen Bevölkerung zu machen und auch mit den Mitteln zur Erreichung dieses Ziels einverstanden sei. Abg. Dr. Windthorst urteilte die Frage von ihrer prinzipiellen Seite. Es sei nicht zulässig, mit einem Federstriche die ganzen Schulverhältnisse auf den Kopf zu stellen. Was könne da geschehen, wenn einmal ein atheistischer Minister als Leiter der Unterrichtsverwaltung kommen würde? Zur Begründung des Erlasses sei vom Kultusminister ein sachlicher und durchschlagender Grund nicht angeführt; derselbe hätte einfach sagen können: so ist es in Varzin oder Friedrichsruh definiert. Eine solche Schulthyronei könne niemals zum guten Ende führen. Der nationalliberale Abg. Seer schloß sich der Erklärung des Frhrn. v. Bedlich an, während Abg. Dr. Frhr. v. Schorlemer-Alst den Ausführungen des Abg. Dr. Windthorst beipflichtete, wobei er gelegentlich das Vorgehen der polnischen Deputation und die Adresse an den Erzbischof Dr. Binder einer tadelnden Kritik unterwarf. Der freikonservative Abg. Dr. Wehr trat selbstverständlich in dieser Frage auf die Seite der Regierung. Nachdem noch Abg. v. Jarochowski im Sinne der Ausführungen seiner polnischen Freunde sich ausgesprochen, wurde die Debatte geschlossen. Anträge waren an die Interpellation nicht gefügt, weshalb dieselbe damit ihre parlamentarische Erledigung gefunden hat. Nächste Sitzung Sonnabend: kleinere Vorlagen.

ist, denn ähnliche Ausscheidungsprozesse wie beim Kronprinzen wurden bisher bei krebsartigen Leiden noch niemals beobachtet.

* Der geistige „Staatsanzeiger“ schreibt im nichtamtlichen Teile: „Nachdem der Bischofsstuhl von Fulda durch die mit Zustimmung der königlichen Staatsregierung erfolgte Ernennung des bisherigen Bischofs Dr. Georg Kopp zum Fürstbischof von Breslau erledigt worden, hat nach Maßgabe der bestehenden Vorschriften am 4. November v. J. durch das Domkapitel zu Fulda die Wahl eines neuen Bischofs stattgefunden, welche auf den bisherigen Dekan und Stadtpräfekt Joseph Weyland zu Wiesbaden gefallen ist. Derselbe hat durch päpstliches Breve vom 7. Dezember v. J. die Bestätigung zur Ausübung seines bischöflichen Amtes erhalten. Se. Majestät der Kaiser und König haben mittels Allerhöchster Urkunde vom 12. Januar d. J. dem Bischof Joseph Weyland die nachgesuchte landesherrliche Anerkennung als Bischof von Fulda zu erteilen geruht. Die Urkunde ist dem Bischof am 24. d. M. durch den Ober-Präsidenten der Provinz Hessen-Nassau ausgehändigzt worden, nachdem der Bischof den durch die Verordnung vom 13. Februar 1887 vorgeschriebenen Eid abgeleistet hat.“

* Selbst der „Kreuzztg.“, und das will was sagen, ist die „Thümmelei“ zu starkes Kraut. Sie folgert aus dem Auftreten Thümels in Herne, wo der von zwei preußischen Gerichten verurteilte das katholische Gewissen ein Portemonnaie genannt und von „staatsanwaltlicher Feigheit“ gesprochen hat, daß der jugendliche Prediger „den letzten Rest von Besonnenheit verloren und einen demagogischen Ton angeschlagen hat“. Das orthodoxe Blatt meint, auf diese Weise lasse sich der innere Aufbau der evangelischen Kirche nicht fördern, am meisten wird aber bedauert, daß „Thümel sich an die unteren Massen wende, deren konfessionelle Verhebung in Westfalen und Rheinland wahrlich schon groß genug sei.“ Die Verhebung existiert in der That, sie ist jedoch weder von den Katholiken ausgängen noch jemals gefördert worden. Sie datiert von der Konkurrenz und dem Kulturmampf her, an dem sich besonders die protestantische nationalliberale Presse und Volksvertretung in hervorragender und geradezu vergistender Weise beteiligt hat. Nun, wo die von den Kulturmäppern erzielten Ziele, besonders aber die Unterdrückung und Vernichtung des Katholizismus durch den kirchenpolitischen Kampf nicht erreicht worden sind, legen sich die Enttäuschten auf eine neue Heze. Thümel ist nur ein Produkt des im Kulturmampf gegen die Katholiken geschrägten Hasses. Dagegen sei der „Kreuzztg.“ gesagt: gegen Thümels Begnadigung haben wir Katholiken gar nichts, aus — verschieden Gründen.

* Der Entwurf des Vogelschuhgesetzes enthält die Bestimmung, daß landesrechtliche Anordnungen, welche über die Vorschriften des Reichsgesetzes hinausgehen, ihre Gültigkeit behalten, daß jedoch die auf Grund derselben zu erkennenden Strafen das Maß der in dem letzteren Gesetze angedrohten Strafen nicht übersteigen dürfen. Bei der Beratung des Entwurfs im Bundesrat wurde, wie man nachträglich erfährt, das Einverständnis darüber festgestellt, daß mit jener Bestimmung auch das landesverfassungsmäßige Verordnungs- und Verfugungsrecht der Polizeibehörden gewahrt werde.

* Die kirchenpolitische Kommission der zweiten badischen Kammer nahm vorgestern die Bestimmung der Vorlage, durch welche der Kurie die Befugnis zur Errichtung von Konviken an Gymnasien und Universitäten eingeräumt wird, mit Zusätzen im Sinne einer Verschärfung der Staatsaufsicht über diese Anstalten an. Dagegen wurde der Artikel über eine vorübergehende, aushilfswise Zulassung von Ordensgeistlichen in der Seelsorge mit 7 gegen 3 Stimmen abgelehnt.

* Im österreichischen Reichsrat brachten gestern Fürst Liechtenstein und Genossen einen Entwurf zum Volks-

Politische Übersicht.

Danzig, 26. Januar.

■ Gestern hat das kronprinzliche Paar in San Remo das 30jährige Jubiläum seiner Vermählung gefeiert. Die dortige deutsche Kolonie überreichte vormittags einen prachtvollen Strauß südländischer Blumen. Die Ansprache des Konsuls Schneider wurde vom Kronprinzen, den seine ganze Familie umgab, gerührt erwidernt. Auch die englische Kolonie überbrachte eine Blumenspende.

* Vorigestern hat unser Kronprinz wieder einen Spaziergang gemacht. Daß er kürzlich einige Tage lang das Zimmer nicht verlassen durfte, dafür wird jetzt eine bedeutsame Erklärung abgegeben. Diesen Dienstag vor acht Tagen hat nämlich der Kronprinz, wie schon einmal früher im November, ein abgestorbenes Gewebstückchen des erkrankten Kehlkopfsteiles ausgehustet. Es soll aber noch mehr „abgestorbener Knorpel“ im Kehlkopf sitzen, und um diesen zu beseitigen, ist Dr. Mackenzie jetzt nach San Remo gereist. Es wird jetzt nun wohl endlich sicher festgestellt werden, ob das Leiden des Kronprinzen wirklich der Krebs oder nur eine Knorpelanhantenzündung des Kehlkopfes ist. Es hat den Anschein, als ob nur letzteres der Fall

Koupees erst ein Koupee erster Klasse kommen. Ein Koupee erster Klasse ist aber bedeutend kostspieliger, als der Durchschnitt der anderen, so daß diese Klasse erst dann das richtige Verhältnis von Einnahme und Ausgabe erreichen würde, wenn sie etwa bloß ein Dreißigstel des Raumes in Anspruch nähme. Tatsächlich werden die Koupees erster Güte wohl fast doppelt so viel beanspruchen. Noch schärfer tritt das Mißverhältnis hervor, wenn man die Anzahl der reisenden Personen ins Auge sieht. Im ganzen sind in dem fraglichen Jahre rund 176 Millionen Reisende befördert worden; davon in der ersten Klasse nur 1 039 800, d. h. 0,6 Prozent, bloß 6 von tausend. (Im Vorjahr waren es noch 7 auf das Tausend.)

Diese Zahlen bestärken die Ansicht, daß man die erste Klasse abschaffen sollte, d. h. die zweite zur ersten machen. Wenn es in der jetzt in der zweiten Klasse fahrenden Gesellschaft nicht sein genug ist, der nehme sich ein Koupee für sich allein oder benutze bei größeren Fahrten den Schlaf- bzw. Salonwagen. Auf diese Weise würde dem Schlafwagenbetrieb auch ein wenig aufgeholen. Bis jetzt liegt der selbe sehr darrnieder. So sind z. B. auf der Strecke Berlin-Aachen im ganzen Jahre nur 835 Personen im Schlafwagen befördert worden, d. h. täglich 2,3. Auf der Strecke Köln-München sieht es ebenso aus. Eine respektable Einnahme an Schlafwagen-Geldern erzielen nur die Nachzüge Berlin-Köln und Berlin-Eydtkuhnen, nämlich 56 und 64 000 M.

Eine ganz besondere Steigerung hat in diesem Berichtsjahr der Verkehr auf kombinierbare Rundreisebillets aufzuweisen. Die Zahl der ausgegebenen Kartenhefte betrug im Vorjahr 74 318, im Berichtsjahr aber 128 941, also 73½ Prozent mehr. Die Vermehrung ist für die erste

Wagenklasse nur gering, für die dritte am größten. Die größere Hälfte der abgesetzten Kupons sowie der erzielten Einnahmen entfallen auf die zweite Wagenklasse.

Der Rundreiseverkehr macht bereits einen recht erheblichen Teil des Gesamtverkehrs aus. Im Verhältnis zu den gesamten Personen-Kilometern entfallen auf den Rundreiseverkehr in der ersten Klasse 3,7 Proz., in der zweiten Klasse 9,3 Proz., in der dritten Klasse 2,9 Proz.

Die „kombinierbaren Rundreisebillets“ (ein rein deutscher Ausdruck fehlt noch) empfehlen sich bekanntlich 1) durch eine Ermäßigung des Fahrpreises und 2) durch eine Erleichterung des Reisens infolge der Verminderung des häufigen Billetlösen bei Fahrtunterbrechungen. Das System steht noch in den Kinderschuhen, und doch sind schon so großartige Erfolge da. Die Eisenbahnverwaltung sollte das als einen Fingerzeig betrachten und auf diesem Wege forschreiten. Es gibt noch Leute genug, welche gern reisen möchten und es auch können, wenn die Sache ihnen etwas billiger und leichter gemacht wird.

Jede fühlbare Herabsetzung der Fahrpreise wird unter den gegenwärtigen Umständen voraussichtlich zu einer entsprechenden Steigerung des Personenverkehrs führen. Wenn die Bahnen wirklich bloß ihrem wirtschaftlichen Verlust ohne fiskalische Nebengedanken dienen, so würde gerade in Preußen das schönste Versuchsfeld für wesentlich ermäßigte Fahrpreise sein. Der höchst vorsichtige Eisenbahminister beschränkt sich aber darauf, einige außerordentlich hohe Sondertarife früherer Privatbahnen auf den noch sehr hohen preußischen Normaltarif zurückzuführen. Der Bericht von 1886/87 führt keine andere Ermäßigung auf, als daß auf der Berliner Stadt- und Ringbahn und auf der Altona-Hamburger Verbindungsbahn zur Erleichterung des Ortsverkehrs die

△ Der Personenverkehr auf den preußischen Staatsbahnen.

Es liegt jetzt in den Drucksachen des Abgeordnetenhauses wieder der Bericht über die Ergebnisse des Betriebes der Staatsbahnen im abgelaufenen Betriebsjahr, also diesmal betreffs des Jahres 1886/87 vor. Wie schon aus den günstigen Stots-Ergebnissen bekannt ist, hat in diesem Jahre eine erhebliche Steigerung des Verkehrs stattgefunden. Die Einnahmen aus dem Güterverkehr sind gegen das Vorjahr um 4,3 Prozent, die Einnahmen aus dem Personenverkehr um 4,7 Prozent, oder, wenn man Gepäck und Hunde außer Betracht läßt, sogar um 4,8 Prozent in die Höhe gegangen.

Es ist freilich auch die Länge der für den Personenverkehr dienenden Bahnstrecken gewachsen, aber nur um 2,1 Prozent, wobei noch zu berücksichtigen ist, daß die neu eröffneten Strecken, vorwiegend Nebenbahnen, erfahrungsgemäß im ersten Jahre hinter der Durchschnittseinnahme zurückbleiben.

Für alle Wagenklassen ist eine Mehreinnahme zu verzeichnen, bloß für die erste Wagenklasse eine allerdings kleine Mindereinnahme. Der Bericht will diese Erscheinung dadurch erklären, daß jetzt bei der Beförderung von Erwachsenen und Kindern in der zweiten Klasse nicht mehr ein Billet 1. Klasse, sondern ein Billet 2. Klasse nebst einem besonderen Kinderbillett ausgegeben werden. Das mag ja seine Richtigkeit haben. Jedensfalls ist aber das Gesamtergebnis aus der ersten Klasse (nahezu 8 Millionen Mark, bloß 4,6 Prozent der gesamten Personen-Einnahme) ein viel zu geringes. Demnach dürfte, wenn die Herstellungs- und Unterhaltungskosten gleich wären, auf 22

schulgesetz für die Reichsratsländer, ausschließlich Galiziens ein. — Der Unterrichtsminister beantwortete die Interpellation des Abgeordneten Schönerer wegen der Bestrafung der Studenten, die gegen den Professor Tomaszewski wegen der Reichsräte gehaltenen Rede demonstrierten, und wies nach, daß die Maßnahmen vollkommen gerechtfertigt seien. Er werde zwar die akademische Freiheit schützen, aber allen Ausschreitungen der Studierenden, besonders auf politischem Gebiete, aufs nachdrücklichste und strengste entgegentreten.

* Die französische Regierung hat über den Grenzvorschlag bei Trier bereits einen Bericht des Präfekten erhalten. Derselbe bezeichnet den Charakter des Jägers Barberot als wenig vertrauenswert; es ist deshalb anzunehmen, daß der Zwischenfall in aller Kürze erledigt werden wird. — Der Pariser Gemeinderat hat die Stadt Paris wiederum mit einer Großzahl beglückt. Er hat nun auch die Ausweisung der Augustinerinnen aus dem Hospital de la Charité dekretiert. Neben dieser Ausweisung hat sich der bekannte tüchtige, aber selbst freidenkerische Anstaltsarzt Dr. Desprez wie folgt geäußert: „In der Anstalt waren 22 Schwestern beschäftigt. Sie kosteten uns jährlich 4400 Franks. Für diese hat man uns nun 44 Wärterinnen geschickt, welche zusammen 66 000 Frs. kosten! Die Verweltlichung bringt uns also mindestens um 61 600 Franks. Von den neuen Wärterinnen sind nun aber wenigstens 15 unbrauchbar. Das schlimmste ist, daß meine Herren Kollegen an den andern Krankenhäusern uns natürlich nicht ihre guten, brauchbaren Frauen schicken. Die Damen haben sich einzelnen Herren, denen sie zuguteleben sind, vorgestellt, zu mir ist meine neue Wärterin nicht gekommen. Es ist dieselbe Frau, welche vor nicht langer Zeit vor dem Schwurgericht gestanden hat, weil sie auf ihren Mann, der ihr nicht zu Willen lebte, mit einem Revolver geschossen hatte. Freigesprochen ist sie, aber sanften Charakters doch entschieden nicht. Wie soll diese Frau geduldig und sanft Verbände anlegen, was doch so unendlich wichtig ist! Gerade dabei zeigten sich die Schwestern von einer engelhaften Geduld. Sie gaben die Medizin genau nach Vorschrift; da wurde nichts verpaßt, nichts übersehen; sie hatten eben ihre Ueberlieferung, und sie wurden durch weltliche Gedanken nicht von ihrer Pflicht abgelenkt. Man hat mir vorgeschlagen, ich möchte doch am Montag-Morgen die Tricolore aufziehen, aber mit einem breiten schwarzen Flor umziehen lassen — ich habe das verboten. Für die guten Schwestern bedarf es derartiger Manifestationen nicht, um ihnen unser Bedauern über ihr Scheiden auszudrücken. Wenn einer oder der andere freidenkerische Kollege sich über die Schwestern schlecht ausspricht, nun, so ist das entweder ein Mann von schlechten Sitten, oder er will recht schnell — Offizier der Ehrenlegion werden.“

* In England sehen verschiedene Mitglieder des katholischen Hochadels, die sich auch politisch zu den Tories halten, gleich dieser Partei in der irischen Bewegung eine revolutionäre Aeußerung, mit welcher die katholische Geistlichkeit Irlands nicht sympathisieren dürfe. Man war darum in Rom vorstellig geworden. Dem jetzt in Rom weilenden Herzog von Norfolk soll seitens der Kongregation für außerordentliche kirchliche Angelegenheiten erklärt worden sein, der Papst sei nicht in der Lage, sich in die politische Seite der Homerulefrage einzumischen, soweit aber dabei die Religion ins Spiel komme, werde er den Bischöfen und dem Klerus dringend ans Herz legen, daß Gesetz und Ordnung dringend notwendig geachtet und bewahrt werden müßten und ihnen jede Teilnahme an feindseligen Handlungen gegen die kirchlich so tolerante englische Regierung verbieten. Der Papst werde von der Unwesenheit der irischen Bischöfe in Rom Anlaß nehmen, ihnen von neuem eine mäßigende und beruhigende Einwirkung auf die irische Bevölkerung ans Herz zu legen.

* Die serbische Volksvertretung, die Skupstichtina, ist vom König aufgelöst worden. Nach einer Mitteilung

Fahrtelpreise für verschiedene Strecken herabgesetzt worden seien. Das sind ganz vereinzelte Ausnahmen besonderer Art, und obendrein halbe, ungenügende Maßregeln. Der Ortsverkehr durch und um Berlin würde einen gewaltigen Aufschwung nehmen und die Wohnungsverhältnisse der Résidenz eine wesentliche Verbesserung erfahren, wenn man den einfachen Groschentarif für die ganze Stadt- und Ringbahn einführen wollte. Die Bahnverwaltung würde dabei höchstens im Sonntagsverkehr etwas verlieren; es ließe sich ja auch für Sonntag-Nachmittag im Sommer eine Verdoppelung rechtfertigen. An den Wochentagen aber würde sie nichts verlieren, vielleicht sogar gewinnen. Warum scheut man das verhältnismäßig kleine Risiko gegenüber einer für die ärmere Bevölkerung von Berlin und Umgebung so vorteilhaften, vielleicht für das ganze Bahnwesen eine neue Entwicklung anbahndenden Reform.

Neben der Preisermäßigung fällt bei den Kundreisebillets die Vereinfachung der Fahrkarten-Erwerbung in's Gewicht. Man sieht an diesem Beispiel (in gewissem Maße auch bei dem Berliner Stadtbahnverkehr), daß es zur genügenden Kontrolle nicht notwendig ist, die Reisenden vor Antritt jeder Fahrt an den Billetschaltern sich drängen zu lassen, um ein mit dem Tagesstempel versehenes Billet zu lösen. Es ist schon vorgeschlagen worden, einfach Kilometer-Billets auszugeben, welche nicht auf bestimmte Orte, sondern bloß auf so und soviel Kilometer lauten und stückweise auf jeder beliebigen Strecke zu verwerten sind. Es mag ja Bedenken geben gegen die Umrundung der namentlichen in namenlose Kupons, und die Kilometer-Rechnung mag für die erste Zeit wohl sehr große Schwierigkeiten in Aussicht stellen. Aber jedenfalls ließe sich schon jetzt eine Fortbildung des Kundreise-Koupon-Systems in dem Sinne machen, daß man eine größere Anzahl von Billets für die-

aus Belgrad ist die Auflösung durch das Verhalten hervorgerufen worden, welches die liberale Partei der Regierung gegenüber anzunehmen schien. Die Regierungspartei hofft bei den Neuwahlen, welche am 4. März stattfinden, auf eine gänzliche Niederlage der Liberalen.

* Der russische Finanzminister hat die schwierige Aufgabe, die zerrütteten Finanzen Russlands in Ordnung zu bringen. Er sucht deshalb, da eine Anleihe nicht zu stande gekommen ist, nach neuen Steuern. So beabsichtigt er jetzt die Eisenbahnen zur Entrichtung der bestehenden Handelssteuer beziehungsweise einer dreiprozentigen Steuer vom Reingewinn heranzuziehen; ausgenommen seien diejenigen Eisenbahnen, welche statutär absolut steuerbefreit sind; dagegen soll die Superdividende solcher Eisenbahngesellschaften, deren Revenuen durch die Regierung garantiert sind, ebenfalls besteuert werden.

Lokales und Provinzielles.

Danzig, 26. Januar.

[Unfall.] Der Arbeiter Heinrich Sch. aus Borchfeld hatte gestern abend das Unglück, in der Stube hinzufallen; er zog sich hierbei einen Bruch des linken Unterschenkels zu und wurde per Wagen nach dem Stadtlazarett Sandgrube gebracht, woselbst er Aufnahme gefunden.

* [Prämien bei der Zuchtviehausstellung.] Für die Prämierung bei der vom 31. August bis zum 2. September d. J. von dem landwirtschaftlichen Centralvereine unserer Provinz hier selbst zu veranstaltenden großen Zuchtviehausstellung stehen 12 000 Mark, 3 silberne, 5 bronzenen Staats-, 8 bronzenen Vereinsmedaillen und eine Anzahl Diplome zur Verfügung. Die Verteilung soll innerhalb folgender Gebrauchsschläge erfolgen: 1) schwerer Reits- und Wagenschlag, 2) leichter Reitschlag, 3) Ackerschlag, 4) Lastschlag, und soll lediglich der Zuchtwert der Repräsentanten dieser Gebrauchsschläge die Norm für die Prämierung geben. Konkurrieren können und sollen prämiert werden: 1) ein-, zwei- und dreijährige Stutfüllen, 2) drei- bis fünfjährige gedeckte Stuten, 3) ältere als fünfjährige Stuten mit Füßen und wiedergedeckt, 4) Privatzuchthengste, sobald dieselben zum öffentlichen Gebrauche ausgeboten sind. In den ersten drei Kategorien befindet sich je ein erster Preis von 750 Mark, zwei zweite Preise von je 400 Mark, zwei dritte Preise von je 200 Mark und 6 vierte Preise von je 100 Mark; für die Privatzuchthengste ist ein erster Preis von 750 Mark, ein zweiter Preis von 500 Mark und endlich sind noch zwei dritte Preise von je 400 Mark ausgesetzt. Um die Züchter zu recht zahlreicher Beschickung und zum Wetteifer zu ermuntern, hat die Ausstellungskommission endlich noch für die beste prämierungswürdige Kollektion ausgestellten Pferdezuchtmaterials einen Preis von 1200 Mark, für die zweitbeste einen solchen von 600 Mark ausgesetzt. Außerdem bleibt den Preisrichtern noch eine Summe von 300 Mark zur Verfügung, um Einzelprämien von mindestens je 25 Mark dem betreffenden Stallpersonal da zu gewähren, wo eine besonders gute Pflege und Haltung des ausgestellten und prämierten Zuchtmaterials wahrzunehmen ist.

* [Den Gewerbekammern der östlichen Provinzen] sind dem Vernehmen nach folgende Fragen zur Beantwortung zugestellt worden: Welche Erfahrungen sind bezüglich des Haushandel gemacht und ist danach das Bedürfnis zu einer weiteren Beschränkung desselben anzuerkennen? Welche Maßnahmen würden behahendenfalls hierfür in Aussicht zu nehmen sein? — Empfiehlt sich die Einführung einer Brottaxe nach der Richtung, daß die Bäcker ihr Brot nach festem Gewicht verkaufen müssen? — Empfiehlt sich eine Einschränkung der öffentlichen Lustbarkeiten und durch welche Mittel? — Ist eine stärkere Heranziehung der Großindustrie zu den Kommunallasten,

feste Bahnstrecke in einem Hefte vereinigt zu ermäßigten Preisen abgäbe. Wer alltäglich dieselbe Strecke hin- und zurückfährt, kann sich ein Abonnement nehmen. Über es gibt viele Leute, die zwar häufig, aber doch nicht täglich, oder auch überhaupt nicht regelmäßig denselben Weg machen, zu periodischen Geschäfts-, Besuchs- oder Vergnügungsfahrten. Besonders fallen hierbei die sommerlichen Ausflüge der Städter in's Gewicht. Können solche Leute 50 oder 100 vereinigte Fahrkarten mit Ermäßigung einkaufen, so wird der Betrieb gefeiert, also die Kundshaft der Bahn vermehrt, und zugleich wird eine wünschenswerte Entlastung der Billetschalter herbeigeführt. Nebenbei hat die Bahnverwaltung ihren Profit von der Vorausbezahlung sowie von den in Verlust geratenen oder nicht zur Benutzung gelangenden Billets. Die Kontrolle wäre ebenso einfach und sicher wie bei den Kundreisebillets, indem hier wie dort nicht die abgetrennten Kupons, sondern nur das ganze Heft zur Legitimation dienen könnte.

Es ließen sich diese Betrachtungen über mögliche Erleichterungen des Personenverkehrs noch fortpinnen; aber was nutzt es, so lange die Eisenbahnverwaltung vor jedem Risiko zurückbleibt, welches auf einige Jahre zu einer Verringerung der schönen Überschüsse führen könnte. Wer große Reformen machen will, muß nicht auf eine alljährliche Ernte angewiesen sein, sondern es im Notfalle auch ein ganzes Jahrzehnt „aushalten“ können, bis sich die Früchte der Reformen entwickelt haben. Man sollte die Eisenbahnen aus dem Staatshaushaltentwurf herauswerfen, aus ihren Überschüssen einen großen Reservefonds bilden und gestützt auf denselben gründliche Reformen von ausschließlich wirtschaftlich-sozialen Gesichtspunkten aus unternehmen. So lange das nicht geschieht, kann man die Lobespalmen auf „Verstaatlichung“ der Eisenbahnen ruhen lassen.

insbesondere zu den Wegebaulasten, gerechtfertigt? — Ein Reihe weiterer Fragen betrifft vorwiegend landwirtschaftliche Interessen, indem sich dieselben auf das Verfahren bei den Preisnotierungen auf den Getreide- und Viehmärkten, auf die Kreditverhältnisse beim landwirtschaftlichen Grundbesitz, die Hebung der Obstkultur, die Abdereverhältnisse, die Schutzmaßregeln gegen die Verbreitung der Viehseuchen, die Verbesserung der Pferdezucht, die Aufnahme von Abwässern aus Fabriken und gewerblichen Anlagen in Privatflüsse und anderes erstrecken.

* [Stadttheater.] Der Freiherr v. Deckers in Lindau „Gräfin Bea“ ist die Rolle, mit welcher unser berühmter Gast Barnay im vorigen Jahre in Berlin solches Aufsehen erregte, daß er sie 25 mal hintereinander spielen mußte. Infolgedessen mußte der Künstler auch sein vorjähriges hiesiges Gastspiel fallen lassen. Es ist jedenfalls hoch interessant, auch diese Glanzleistung des Künstlers auf unserer Bühne zu sehen. — Am Sonntag nachmittag findet „Robert und Bertram“ statt. — Ein interessantes Gastspiel steht uns abermals bevor in den Darstellungen der Trix Reuterstücke durch den Hofschauspieler Junkermann.

* Renteich, 25. Januar. Zum gestrigen Markt waren gegen 600 Pferde angetrieben. Das Material war durchweg ein gutes und die Kauflust eine sehr rege, so daß der größte Teil der Pferde verkauft wurde. Die Preise schwankten zwischen 500 und 700 M. Käufer waren hauptsächlich Handelsleute aus Pommern und der Mark. Der Antrieb von Rindvieh war schwach. Nur Fettvieh fand zum Preise von 20—21 M. pro Str. lebend Gewicht Abzug.

* Elbing. Aus hiesigen Lehrerkreisen hat man sich an den Herrn Abgeordneten Rickert mit der Bitte gewandt, bei Beratung des neuen Religionsgesetzes für die Beamten im Landtage doch auch die Interessen der Lehrer vertreten zu wollen. Bekanntlich hat der Herr Kultusminister sich alle Masseneingaben verbeten, den Lehrern schien daher dieser Weg der einzige mögliche, ihre Angelegenheiten in jener Beziehung zu fördern. — Genau 1191 Beklagte kommen demnächst in einem hier selbst spielenden Zivilprozeß vor. Einige infolge von Zwistigkeiten ausgeschlossene Mitglieder des konservativen Vereins sind auch aus der mit dem Verein verbundenen Sterbekasse ausgeschlossen worden, und dagegen nehmen dieselben die Hilfe des Gerichts in Anspruch. Die Sterbekasse aber kann nur in der Person ihrer sämtlichen Mitglieder verklagt werden.

m Schwarzwald, 24. Januar. Ein frohes Fest vereinte heute die Menschen der hiesigen Pfarre in der Kirche: heute ward ihnen verkündet, daß die Filialkirche Schwarzwald infolge der Bestrebungen der geistlichen und weltlichen Behörden von der bisherigen Pfarrkirche Porschau getrennt und zur selbständigen Pfarrei erhoben worden ist. Heute fand auch die feierliche Einführung ihres ersten Pfarrers, Herrn Anastasius Baranski, durch den Dekan Herrn Kurjikowski-Mewe statt. Das Gedränge in dem kleinen Kirchlein bewies deutlich, welch innigen Anteil das Volk an diesem freudigen Ereignis hatte; in der Festpredigt sprach der Herr Pfarrer aus Kirchenjahr mit beredten Worten über die schweren und verantwortungsvollen Pflichten eines Pfarrers und die Pflichten der Schäflein zum Hirten. Der ganze Verlauf der Feier verlief wiederum, welche Achtung und Liebe sich Herr Pfarrer Baranski während seiner vierjährigen Wirksamkeit als Lokalkirche am hiesigen Orte erworben hat. Rührend anzuhören waren auch die herzlichsten Glückwünsche, die ihm der Predigende als Studiengenossen in seinem und der Gemeinde Namen überbrachte. Auch nach außen hin äußerte das Volk seine Gefühle, indem am Abend Feuerwerke abgebrannt wurden. Möge des neuen Pfarrers Wirksamkeit, vom Segen Gottes gefördert, der Gemeinde, der Kirche und dem Staate den reichsten Gewinn bringen!

o Konitz, 25. Januar. Aus den letzten Tagen sind einige Unglücksfälle, die sich hier zugetragen, zu verzeichnen: Eine Frau vom Lande fiel an einem Markttage hin und brach ein Bein; desgleichen ein Kellnerbursche eines hiesigen Restaurateurs beim Herabreichen von Zigarren. Eine hiesige Frau bekam auf einem Geschäftsgange Schlaganfälle; ins Haus gebracht, verstarb sie alsbald. Am Dienstag wurde aus dem Mönchsee die Leiche des Arbeiters Liez, den man seit Sonnabend vermisst hatte, herausgefischt. — Daß man hier demnächst eine Polenversammlung abhalten will, in welcher Schulangelegenheiten besprochen werden sollen, hat in unserer fast durchweg deutschen Stadt überrascht. Zweckmäßiger wäre es gewesen, derartige Versammlungen nach Ortschaften mit überwiegend polnischer Bevölkerung, als Czerny, Brüx, Schliewitz, Abl. Briesen etc. einzuberufen. Das Lokal-Komitee setzt sich jedenfalls aus polnischen Großgrundbesitzern der Umgegend zusammen.

* Thorn, 24. Januar. Wird das neue Schullasten-erleichterungsgesetz vom Abgeordnetenhaus genehmigt, dann erhält unsere Stadt vom 1. Oktober ab jährlich 6900 Mark Staatsbeihilfe. Das Schulgeld ist bei den Elementarschulen schon seit Jahren aufgehoben, die genannte Summe ist also eine neue Einnahme. Sie vermindert die Kosten für die städtischen Elementarschulen, welche im laufenden Schuljahr 48 020 Mark betragen, um 14½ Proz. An unseren städtischen Elementarschulen sind jetzt 4 Rektoren bzw. erste Lehrer, 24 ordentliche Lehrer und 5 Lehrerinnen angestellt. In den Lehrerkreisen hofft man, daß unter den oben ausgeführten Umständen die städtischen Behörden geneigt sein werden, das Einkommen der Elementarlehrer mit Rücksicht auf die hohen Lebensmittel- und Mietspreise hier selbst etwas aufzubessern.

* Osterode, 24. Jan. Am Montag abend wurde von dem Courierzuge aus Thüringen der Schneidemüller Arndt am Neuberwege der Hohensteiner Chaussee über-

fahren. Es wurde ihm der halbe Kopf und beide Beine abgeföhren, und er war auf der Stelle tot. Allem Ver- muten nach liegt hier Selbstmord vor.

Lotterie.

Bei der am 24. d. M. fortgesetzten Ziehung der vierten Klasse 177. Königlich preußischer Klassenlotterie fielen in der Nachmittags-Ziehung:

1 Gewinn von 15 000 M. auf Nr. 132 066.
2 Gewinne von 10000 M. auf Nr. 109 465 183 968.
1 Gewinn von 5000 M. auf Nr. 67 232.
36 Gewinne von 3000 M. auf Nr. 3679 5218 23 962
29 610 32 276 39 873 46 013 47 677 69 626 89 455 93 455
94 972 96 284 101 045 112 023 113 688 116 784 122 882 123 812
126 903 131 264 137 640 141 121 150 013 154 069 154 492
154 657 157 228 166 344 166 424 169 458 181 029 185 882
186 352 186 908 189 853.
33 Gewinne von 1500 M. auf Nr. 15 609 22 842 25 624
26 780 31 012 32 283 35 165 36 513 38 658 45 337 45 779
48 565 49 282 50 756 60 743 71 244 74 074 74 107 78 561
92 875 93 016 98 125 100 134 100 731 121 532 122 532 142 450
148 665 157 085 167 294 172 072 178 177 184 358.
14 Gewinne von 500 M. auf Nr. 5344 9694 60 823
95 094 99 758 116 722 127 168 135 132 143 006 154 510 163 257
169 570 174 075 183 799.

Bei der am 25. d. fortgesetzten Ziehung fielen in der Vor- mittags-Ziehung:

1 Gewinn von 600 000 M. auf Nr. 146 385.
1 Gewinn von 75 000 M. auf Nr. 151 886.
1 Gewinn von 10 000 M. auf Nr. 89 639.
1 Gewinn von 5000 M. auf Nr. 131 645.
23 Gewinne von 3000 M. auf Nr. 48 20 608 61 560
65 547 67 502 72 155 79 395 80 477 100 703 102 376 107 127
108 192 124 427 125 819 142 926 145 287 150 277 154 020
169 794 173 543 176 431 178 233 178 444.
41 Gewinne von 1500 M. auf Nr. 73 17 175 18 659
22 968 27 199 31 554 33 212 38 748 39 127 42 267 42 928
48 709 54 078 61 228 66 089 70 988 78 622 96 078 105 967
110 002 111 083 111 790 114 757 119 928 122 681 124 675
126 719 130 499 134 437 135 633 136 107 152 442 157 922
158 000 160 141 163 784 177 638 182 069 187 926 188 708
188 714.
50 Gewinne von 500 M. auf Nr. 570 3506 4061 6104
8029 8359 23 780 26 355 32 356 33 652 40 311 58 956 61 483
65 276 65 464 83 267 85 036 85 165 87 281 89 696 92 219
95 436 97 164 100 860 105 111 105 424 107 280 113 738 113 867

Kathol. Volksverein.
Freitag den 27. Januar, abends 8 Uhr,
im Vereinshause, Breitgasse 83:
Versammlung.
Vortrag des Herrn Dr. Lehmann über
wirtschaftliche Fragen.

Ertrag für milde Zwecke!

Den hochwürdigen Herren Geistlichen, sowie allen Bischöfern des bl. Rosenkranzes sei angelehnlichst empfohlen:

Die Geheimnisse des hl. Rosenkranzes.

Ein Echelus geistlicher Gedichte von Valentin Lehmann, Caplan in Ebing.

Preis in elegantem Einbande M. 1,20.
Braunsberg in Ostpr.

Huye's Buchhandlung.
Emil Bender.

Martin Heyne,
Goldschmiedegasse 23,
empfiehlt sein großes Lager von Schuhwaren für Herren, Damen und Kinder, von bestem Material und unter persönlicher Leitung gefertigt, zu billigen aber festen Preisen. Bestellungen nach Maß umgehend.

Zum Feste
Mariä Lichtmess
empfiehlt

Wachsferzen
von garantirt reinem
Bienenwachs
in allen Dimensionen

Fr. Carl Schmidt,
Danzig,
Langgasse Nr. 38.

Gold und Silber
kaufst und nimmt in Zahlung zu höchsten
Preisen

G. Seeger, Juwelier,
Goldschmiedegasse 22.

Suche für mein Tuch-, Manufaktur- und
Garderoben-Geschäft einen

Lehrling (Christ).
J. F. Tetzlaff,
Pr. Stargard.

116 200 120 462 135 299 139 260 147 299 148 301 149 408
151 744 155 070 155 445 158 357 163 003 166 850 170 905
170 930 173 559 180 998 181 054 184 432 186 670 187 235.

Danzipper Standesamt.

Vom 25. Januar.

Geburten: Arb. Wilhelm Weichbrodt, T. — Arb. Anton Neuwald, S. — Meister in der königl. Gewehrfabrik George Rohn, T. — Arb. Karl August Hahn, 2 T. — Tischlergeselle August Gierschewski, T. — Zimmerges. Otto Dehme, T. — Arb. Johann Tric, S. — Schlosserges. Karl Melms, T. — Tischlerges. Friedrich Hoppe, T. — Schneiderges. Eduard Budweg, T.

Aufgebote: Schieferdecker Johann Heinrich Schenske hier und Rosalie Elisabeth Baer in Stüblau. — Brauer Friedrich Eduard Hermann Krause und Anna Adelheid Dirschleit.

Heiraten: Mairvergeselle Otto Röske und Johanna Elisabeth Metzke.

Todesfälle: Frau Johanna Drabandt, geb. Aspmann, 20 J. — T. d. Seefahrers Friedrich Albrecht, 16 Tg. — Witwe Anna Katharina Brandt, geb. Lau, 83 J. — S. d. Arb. Julius Müller, totgeb. — T. d. Arb. Ferdinand Ziebmänn, 3 M. — Arbeiterin Marie Elisabeth Glichowski, 22 J. — Unehel.: 1 T.

Marktbericht.

[Wilczewski & Co.] Danzig, den 25. Januar.

Weizen. Bezahlte wurde für inländischen bunt 128 Pf. 150, gutbunt 128/9 Pf. 151, hellbunt 130 Pf. 154, hochbunt 129/30 Pf. 154, fein hochbunt glasig 133 Pf. 160, weiß 131/2 Pf. 160, für polnischen zum Tr. blauplatig 126/7 Pf. 106, bunt frank 122 Pf. 115, bunt bezogen 124/5 Pf. 117, 125/6 Pf. 118, bunt 123/4—125/6 Pf. 116, 123/4 Pf. 117, 126/7 Pf. 118, gutbunt 127 Pf. 122, hellbunt zerstülagen 124 Pf. 117, hellbunt frank 127 Pf. 120, hellbunt 127 Pf. 121, 125/6 Pf. 128/9 Pf. 122, 128 Pf. 124, glasig 125/6 Pf. 121, 124 Pf. 122, hochbunt 125 Pf. 124, hochbunt glasig 129 Pf. 127, für russischen zum Transit gutbunt frank 122 Pf. 115, hochbunt glasig 123/4 Pf. 133 M. per Tonne. Regulierungspreis inländisch 152, Transit 122 M. Bekündigt sind 130 T. Z.

Roggen. Bezahlte wurde für inländischen 122 und 125 Pf. 99, 121 Pf. 99 1/2, für polnischen zum Transit 118 Pf. 71, für russischen z. Tr. 120 Pf. 70, 125 und 126 Pf. 72 1/2, 129 Pf. 74 M. Alles per 120 Pf. per Tonne. Regulierungspreis inländisch 99, unterpolnisch 73, Transit 71 M.

Gerste. Gehandelt ist inländische kleine 106 Pf. 88, groß 110 Pf. 96, 110 1/2 Pf. 97, 109/10 und 116/7 Pf. 100, 118 Pf. 102, mit Geruch 111 Pf. 94, hell 114 Pf. 103, 104,

117/8 Pf. 104, polnische zum Transit 101 Pf. 75, 102/3 Pf. 76, 108 Pf. 81, 109 Pf. 82, hell 111 Pf. 91, 112/3 Pf. 96, 118 Pf. 100, weiß 114/5 Pf. 104, russische zum Transit 105 Pf. 79, Futter: 74 M. per Tonne.

Hafer inländischer 97, russischer zum Tr. mit Geruch 62 M. per Tonne bezahlt.

Erbse polnische zum Tr. mittel 88, Futter: 83—85 M. p. To. gehandelt.

Pferdebohnen inländische 104, polnische und galizische z. T. 107 M. per To. bezahlt.

Schweinebohnen polnische zum Transit 100, 102 M. p. To. bezahlt.

Rüben russischer zum Transit Sommer: 167 M. p. To. gehandelt.

Raps russischer zum Transit 198 M. p. To. bezahlt.

Kleeblätter weiß polnische fein gestern a 39 M. p. 50 Kilo gehandelt.

Weizenkleie grobe 3,60, 3,70, 3,75, mittel 3,30, 3,35, 3,40, fein 2,85, feine 2,50 M. p. 50 Kilo bezahlt.

Spiritus loko kontingenter 48 1/2 M. Brief und Geld, nicht kontingenter 30 M. bezahlt.

König, 25. Januar 1888.

Weizen 6,25 M., Roggen 4,00 M., große Gerste 3,30 M., kleine Gerste 3,00 M., Hafer 2,30 M., Erbsen 4,30 M. p. Scheffel. Butter 0,90 M., Eier 75 Pf.

Berlin, den 25. Januar.

Preise loko per 1000 Kilogr.

Weizen 155—175 M., Roggen 115—121 M., Gerste 100—175 M., Hafer 106—130 M., Erbsen Kochware 193 M., Futterware 113—120 M., Spiritus v. 100 % Liter 99,1 M.

Berliner Kurzbericht vom 25. Januar.

4 1/2 % Deutsche Reichs-Anleihe	107,80
4 1/2 % Preußische konsolidierte Anleihe	107,20
3 1/2 % Preußische Staatschuldversch.	100,20
3 1/2 % Preußische Prämien-Anleihe	147,30
4 1/2 % Preußische Rentenbriefe	104,30
3 1/2 % Westpreußische Pfandbriefe	99,00
3 1/2 % Ostpreußische Pfandbriefe	99,00
4 1/2 % Posenische Landw. Pfandbriefe	102,70
5 1/2 % Danziger Hypoth.-Pfandbriefe pari ausl.	110,00
5 1/2 % Stettiner Hypoth.-Pfandbriefe	103,50
5 1/2 % Preußische Hypoth.-Pfandbriefe 110 r.	111,80
Danziger Privatbank-Aktien	136,75
5 1/2 % Rumänische amortisierte Reu.	92,80
4 1/2 % Ungarische Goldrente	78,80

Katholische Gebet- u. Erbauungsbücher
in reichster und bester Auswahl.
Alte und neue Welt.
Hauschatz.

Kupferstiche

von 75 bis 2 M. und billiger.
Bilder des heil. Vaters und hochw. Bischofs.

Rosenkränze
empfiehlt
Danzig

Dr. B. Lehmann'
sche Buchhandlung.

Kronen-Käse,
Gervais-Käse,
Christania Anchovis
in Gläser und ausgewogen,
russische Sardinen,
Appetit-Sild,
Anchovy-Paste,
marinierte Heringe
empfiehlt

Max Lindenblatt,
Heiligegeistgasse 131.

Ein junger Lehrer,
fath, wünscht behufs Weiterstudien eine Haus- oder Privatlehrerstelle unter bescheidenen Ansprüchen. Auch wäre eine Rechnungsführerstelle auf einem Gute oder eine Buchhalterstelle erwünscht. Gefällige Offerten sind bis zum 31. d. M. unter **W. B. 136** an die Expedition dieses Blattes zu richten.

Ein donnerndes Hoch
dem Hauptlehrer Herrn
Semrau in

Skanowanie i opracowanie graficzne na CD-ROM :



ul. Krzemowa 1
62-002 Suchy Las

www.digital-center.pl

biuro@digital-center.pl

tel./fax (0-61) 665 82 72

tel./fax (0-61) 665 82 82

Wszelkie prawa producenta i właściciela zastrzeżone.

Kopiowanie, wypożyczenie, oraz publiczne odtwarzanie w całości lub we fragmentach zabronione.

**All rights reserved. Unauthorized copying, reproduction, lending, public performance
and broadcasting of the whole or fragments prohibited.**